

Around Europe - Auszüge - Deutsche Ausgabe Nr 342: Mai 2012

Restorative Justice*: Macht das Europa-Parlament Fortschritte?

Am 18.Mai 2011 brachte die Europäische Kommission einen neuen Gesetzesvorschlag (2011/0129(COD)) ein zur Festsetzung eines Mindeststandards für Rechte, Unterstützung und Schutz der Kriminalitätsoffer. Es bestand bereits ein Gesetz (Rahmenbeschluss des Rates 2001/220/JHA) über deren Stellung bei Gerichtsverfahren, und der neue Änderungsvorschlag sollte diese Stellung stärken. In mancher Hinsicht bedeutete dieser Richtlinienentwurf in Bezug auf die Restorative Justice einen Rückschritt gegenüber dem gültigen Gesetz von 2001. Denn der Gesetzesvorschlag verlangte von den Mitgliedsstaaten nicht die Einrichtung Restorative Justice Dienstleistungen, sondern „dort, wo solche Dienstleistungen bestehen, müsse sicher gestellt werden, dass die Opfer - als Ergebnis dieses Prozesses - nicht weiterhin benachteiligt werden. Diese Dienstleistungen sollten deshalb vorrangig die Interessen und Bedürfnisse der Opfer berücksichtigen, indem sie den Schaden an dem Opfer wieder gutmachen und weiteren Schaden verhindern.“ Im Vergleich dazu stellt Artikel 10 des Rahmenbeschlusses von 2001 fest, „jeder Mitgliedsstaat sollte bestrebt sein, eine Mediation zu fördern bei Gerichtsverfahren gegen Verbrechen, die für eine solche Maßnahme geeignet erscheinen.“

In seinem Kommentar vom 17.November 2011 zu diesem Vorschlag für eine Verordnung stellte das Europäische Forum für Restorative Justice fest: „In diesem Vorschlag wird Restorative Justice dargestellt als bedenklich und mit Vorsicht anzuwenden“. Es fehlt jeglicher Hinweis auf die Sicherstellung, dass kompetente Verfahren der Restorative Justice allen Opfern verfügbar sein sollen, selbstverständlich mit der nötigen Unterstützung für das Opfer vor, während und nach diesem Verfahren.

Das Europäische Forum stellte auch fest, „dass es im Hinblick auf das Opfer keinen Hinweis auf andere internationale Gerichtsverfahren gibt, die Restorative Justice als Möglichkeit fordern, von der die Opfer profitieren können“. Es bezog sich insbesondere auf die Empfehlungen des Europarates (1985)11 und 2006(8) und die Erklärung der Vereinten Nationen über die Grundrechte für Opfer von Kriminalität und Machtmissbrauch. Verständlicher Weise befürchtete das Forum, die Restorative Justice könnte unter dieser neuen Verordnung an den Rand gedrängt werden.

Seit dem Vertrag von Lissabon besteht für das Europaparlament für solche Gesetzesvorschläge ein ordentliches Gesetzgebungsverfahren, und das LIBE Committee (Komitee für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres) wurde mit der Aufgabe betraut, den Entwurf eines Berichts zu erstellen. In Anbetracht der langen Geschichte und des Interesses der Quäker an Problemen des Strafrechts richtete QCEA sehr bald seine Aufmerksamkeit auf diese mögliche Ausgrenzung der Restorative Justice. QCEA begann die Lobby-Arbeit, sprach mit einigen Europaparlamentariern einschließlich dem Rapporteur (= vom Parlament beauftragter Berichterstatter) für den Entwurf des Berichts und mit den Shadow Rapporteurs (= von pol. Gruppen beauftragte Berichterstatter) verschiedener politischer Gruppierungen, traf sich mit einigen und versorgte

Diese Ausgabe der QCEA Monatszeitschrift *Around Europe* ist von der Deutschen QCEA Unterstützungsgruppe
übersetzt worden

Sie ist auf der QCEA website www.quaker.org/qcea zu finden

sie mit Änderungsformulierungen, um Anzahl und Qualität der Hinweise auf Restorative Justice zu verbessern. Im Januar 2012 schloss sich ein zweites Komitee, das FEMM-Komitee (the Committee on Women's Rights and Gender Equality = Komitee zu Frauenrechten und Gleichwertigkeit der Geschlechter) dem LIBE-Komitee an (mit dem Ergebnis, dass der Bericht in der Folge von den beiden Komitees gemeinsam diskutiert würde), und eine dynamische Europaparlamentarierin von FEMM wurde zur Ko-Berichterstatterin ernannt. Zufällig war sie eine der Vizepräsidenten der ALDE-Gruppe (Grüne/Freie Europäische Allianz).

QCEA nahm Kontakt auf mit dem Büro der Vizepräsidentin, und nach einigem Briefverkehr wurde QCEA gebeten, Material und Argumente zur Unterstützung der Bestimmungen für die Dienste der Restorative Justice zu liefern.

Als ein Ergebnis der Arbeit von QCEA (und zweifellos von einigen anderen Organisationen - man weiß nie von wie vielen) wurden einige positive Änderungen (amendments) zur Restorative Justice eingeführt. Das beste Beispiel lieferte Amendment 159, bei dem der folgende Satz dem Textvorschlag der Kommission hinzugefügt wurde:

In Anbetracht der potentiellen Vorteile der Restorative Justice sollten Kriminalitätsoffer die Möglichkeit haben, die Vorteile dieser Dienste im bestmöglichen Ausmaß zu nutzen. In allen Fällen ist für jeden dieser Schritte die ausdrückliche Genehmigung des betroffenen Opfers notwendig.

Amendment 159 wurde in das Kompromissamendment 32 aufgenommen, das nach der Abstimmung im Gemeinsamen Komitee am 27. März 2012 genehmigt und der Position des Europaparlaments beigefügt wurde. Es gab insgesamt etwa 550 Änderungen, und verständlicher Weise beklagte der Berichterstatter für die Grünen, dass diese Gruppe nicht genug Zeit gehabt hätte, alle Änderungen angemessen zu bedenken. Die Abstimmung über diese Änderungen dauerte ungefähr zwei Stunden. Einige wurden elektronisch durchgeführt, andere durch Handzeichen. Auf Grund dessen verkündete der von zwei Helfern unterstützte Vorsitzende jeweils, ob die zur Wahl gestandene Änderung „angenommen“ oder „abgelehnt“ worden war. Wenn ein Ergebnis durch Handzeichen sehr knapp ausfällt, darf ein Europaparlamentarier eine elektronische Abstimmung verlangen. In Anbetracht des überfüllten Raumes, in dem die Versammlung des Gemeinsamen Komitees abgehalten wurde,

war das absolut nötig. In einigen Fällen wurde eine Entscheidung nach der elektronischen Abstimmung widerrufen. Der schwedische Vorsitzende, der die Versammlung mit Humor und Effizienz leitete, stellte fest, er brauche eine neue Brille! Da die elektronische Abstimmung offenbar verlässlicher ist, muss Zeitmangel ein wesentlicher Grund für die fortgesetzte Anwendung von Handzeichen sein.

Der Bericht geht nun zum Europaparlament, wo voraussichtlich im Herbst die Abstimmung im Plenum erfolgt. Trialoge (Diskussionen zwischen dem Europaparlament, der Kommission und dem Rat der EU) sind bereits in vollem Gange. Wenn dort Einigkeit erreicht wird, hofft das Gemeinsame Komitee auf Zustimmung bei der ersten Lesung. Wir hoffen stark, dass die Änderungen zur Restorative Justice diesen Prozess überstehen, obwohl wir wissen, dass es von Seiten der Mitgliedsstaaten einige Widerstände gibt.

Liz Scurfield

Übersetzung: Christel Wieding

* Eigentlich unübersetzbar, „Restaurative Gerechtigkeit“ ist nur ein unzureichender Versuch